## Der dritte Ofen bei der HIM

#### von Werner Lautz

1986 unter rot-grün begann die Suche nach einem Standort für eine Sondermüllverbrennungsanlage.

Widerstand in der Region (grüne Basis und Bl's <Bürger-Initiativen>) und die Belastung durch die bereits vorhandenen zwei Öfen ließen Umweltminister Fischer die Zusage machen: "Mit mir gibt es keinen dritten Ofen in Biebesheim!"

Bei der Suche nach einem anderen Standort stieß Fischer auf energischen Widerstand. Zur Landtagswahl 1987 trat nun auch die CDU mit dem Wahlversprechen (in ihrem Programm 2000) kein dritter Ofen in Biebesheim auf. Kaum war die Wahl zu Gunsten der CDU-F.D.P. gelaufen, war der dritte Ofen in Biebesheim für die CDU unumgänglich.

Auch in Bickenbach war man damals noch der Meinung, daß eine Erweiterung der SVA Biebesheim um einen dritten Ofen nötig sei. In der Sitzung am 20.8.87 gab es nur eine Stimme gegen den dritten Ofen, 12 dafür und 9 Enthaltungen.

Mit Kabinettsbeschluß am 15.9.87 hat sich die Hessische Landesregierung (CDU/F.D.P.) für die Erweiterung der SVA Biebesheim entschieden.

Am gleichen Tag noch (15.9.87) erging mit telefonischer Vorankündigung eine Einladung durch Kurier an die Anliegergemeinden einer zu Dringlichkeitssitzung am 16.9.87 in Biebesheim zur Vorstellung des Kabinettsbeschlusses und zur Gründung eines "HIM-Beirates".

Ursprünglich sollte der "HIM-Beirat" aus je 2 Gemeindevertreter und deren Stellvertreter bestehen. Dieses wurde aber erweitert, so daß alle in den Parlamenten vertretenen Parteien die Möglichkeit an der Teilnahme bekommen sollten. Auch wurden linksrheinische Gemeinden beteiligt.

Es mußte die Akzeptanz für den dritten Ofen über die Parlamente erreicht werden. Fine Möalichkeit zur durch neutrale Gegendarstellung Sachverständige gab es nicht, so daß Lobeshymnen der HIM und der sie unterstützenden Landesregierung sachlich nicht belegt werden konnten. Als Beispiel möchte ich die Geistesakrobatik der Landesregierung und der HIM die darstellen. wie sie Schwermetallbelastung um die Anlage Gemeindevertretern "dummen" heschrieben haben:

Das Hessische Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung hat seit 1984 Bodenproben um die SVA Biebesheim auf Schwermetalle untersucht und die Ergebnisse (vertraulich) unter Z-23-80h-04-03-Aktenzeichen 9.1.87 Tgb.Nr.c5/87 vom zusammengestellt. Die Meßwerte zeigen eine kreisförmige, steigende Belastung die zum Teil die um die Anlage. Grenzwerte der Klärschlammverordnung erreichen. Auch spätere Messungen zeigen die gleiche Tendenz.

- Herr Zubiller vom Umweltministerium erklärte uns das so, daß die Schwermetalle aus dem Gestein des Odenwaldes ausgewaschen wurden und durch Vorfluter dort eingetragen wurden.
- Herr Dr.Thormann von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt hatte eine wissenschaftliche Erklärung: Die alten Römer kannten noch keinen Umweltschutz und kippten all ihren Dreck in den Rhein und da die SVA in den alten Rheingraben gebaut wurde, stammen die Schwermetalle aus den Ablagerungen dieser Zeit

Nach der Offenlegung des Planfeststellungsverfahrens gab es 10.000 Unterschriften gegen den dritten Ofen. Viele Einwendungen von Privatpersonen, Verbänden, Gemeinden und Landkreisen wurden eingereicht. In Riedstadt war der Widerstand so groß, daß dort eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde (KAG gegen die SVA Biebesheim).

Das Ziel der KAG war, einen breiten Widerstand gegen die Erweiterung der HIM aufzubauen und die nötigen Mittel für Wissenschaftler Gutachter. und Rechtsbeistände für den bevorstehenden Anhörungstermin aufzubringen (das ist teuer und eine einzelne Gemeinde wäre nicht in der Lage gewesen, dies zu leisten). Es haben sich so 9 Gemeinden und 3 Landkreise zusammengeschlossen. (auch Bickenbach). Einen solchen Zusammenschluß hatte es bis dahin in der BRD noch nicht gegeben und die mit Zusammenarbeit den Bürger Initiativen war vorbildlich.

Vom 24.9 his 10.5.90 fand der Erörterungstermin in der Biebesheimer "Viehkauktionshalle" statt Die Behandlung der Einwender durch das Regierungspräsidium machte dem Tagungsort alle Ehre. Es gab wenig Interessenten und ich vermißte auch meine Bickenbacher Mitbürger (vielleicht haben sie das entwürdigende Geschehen in der Zeitung verfolgt).

Obwohl die durch die HIM vorgelegten Planungsunterlagen unvollständig waren. zweifelhafte Daten enthielten und selbst die Gutachter der HIM ihre Bewertung auf Grund unvollkommener Datengrundlage abgegeben haben. wurde der Erörterungstermin bis zum Ende durchgepaukt. Ergebnis Das Anhörung war eine undefinierte Anlage. die mit den Antragsunterlagen nichts mehr zu tun hat. Offen blieb die PCB-Verbrennung und die "Dioxinfilter", für die

Herr Weimar noch kurz vor Beendigung der Wahlperiode im April 1991 die Fortsetzung der Erörterung angesetzt hat. Vor der Wahl hat Fischer zugesagt, daß er alle Unterlagen überprüfen wolle, und Planrechtfertigung die gegeben ist, er die Anlage nicht bauen läßt. Das steht auch SO im Koalitionspapier, das auch die SPD unterschrieben hat.

Nach der Wahl hat Fischer den Termin im April gestoppt, um die Fragen der Planrechtfertigung,

Umweltverträglichkeitsprüfung und die Rechtssituation der Gesamtanlage zu prüfen.

### Planrechtfertigung

Bei der Prüfung der Planrechtfertigung stellte sich heraus, daß die HIM falsche Mengenangaben bei der Planfeststellung gemacht hat und daß Abfälle, die bereits bei der Firma Höchst verbucht wurden. auch in ihrer Abfallprognose aufgeführt wurden. Sowohl die Kooperative (im Auftrag der HIM) als auch das Öko-Institut (im Auftrag des Ministeriums und der KAG kamen trotz noch immer ordnungsgemäß vorgelegter Unterlagen in der "Prognose 2000" zu dem Ergebnis. daß nur 70.000 t/Jahr zur Entsorgung bei der HIM anstehen und nicht 90.000 t/Jahr wie von der HIM behauptet. In diesen 70.000 t/J sind noch 20.000 Ölschlämme enthalten, die weitgehend aus Sand und Wasser bestehen (Autowaschanlagen usw.) und nicht verbrannt werden müssen. Es bleiben also nur 50.000 t/J übrig. Die bestehende Anlage hat aber bereits ietzt Kapazität von 60.000 t/J bei einer angegebenen Betriebszeit von 270 Tagen im Jahr. Das bedeutet, daß bereits jetzt schon eine Kaltreserve von mindestens 10.000 t/J und noch der Rest von den 90 Tagen Wartungszeit vorhanden ist. Ein Ofen für 300 Mio DM und einer Kapazität von 50.000 t/J ist nicht nötig, es sei denn

man spekuliert auf das große Geschäft nach der europäischen Einheit.

Wie die HIM Rückstaus und Müllnotstand verursacht, sei an einem Beispiel erklärt: Als Bickenbach der KAG beitrat, hatte die HIM plötzlich keine Kapazität für die Einsammlung der Bickenbacher Sondermüll Kleinmengen. So ging es auch anderen Gemeinden und sie mußten sich geeignete Lagerräume für diesen (außerhessischer Rückstau anlegen immer war schon Sondermüll profitabler Kapazitätsfüller um einen hessischen "Müllnotstand" vorzutäuschen.

#### Umweltverträglichkeit

Für eine Sondermüllverbrennung gibt es keine Umweltverträglichkeit. Die Schadund Giftstoffe, die mit dem Rauchgas den Schornstein verlassen, sind kaum zu identifizieren, da sie sich ständig ändern (je nach Beschickung) und in einer Vielfalt anfallen, daß keine Analyse sie erfassen Eine Vorbelastung kann. durch Altölverbrennung, HCH von Merck, Blei von AK-Chemie und die SVA sind bereits so hoch, daß eine weitere Belastung durch den Zubau nicht mehr hinnehmbar ist. Wenn der Bevölkerung vorgetäuscht wird, daß mit dem dritten Ofen weniger Emissionen freigesetzt werden, so ist das eine plumpe Lüge! Um diese Lüge der Bevölkerung glaubhaft zu machen. bedient man sich der Grenzwerte der TA (Technische Anleitung)-Luft. Man braucht genügend Frischluft Verdünnungsluft zu die setzen, um Grenzwerte niedrig erscheinen zu lassen niedriger als die Grenzwerte darzustellen. Man braucht nur einmal die Emissionswerte der HIM mit der Menge der m3 malnehmen und erhält so den tatsächlichen Schadstoffausstoß der Anlage.

Eine chemische Grundregel, nach der fast alle chemischen Analysen erstellt werden,

heißt:

"Bei einer chemischen Reaktion (verbrennen ist eine exotherme Oxydation = chemische Reaktion) ist die Summe der Massen der Reaktionsprodukte gleich der Summe der Massen der Ausgangsstoffe."

Es geht keine Tonne Sondermüll verloren, wir bekommen sie alle über die Luft, Schlacke und Filterstäube zurück! Das besonders bei Inversionswetterlagen. Die lungengängigen Feinstäube (alle Schwermetalle und Quecksilber), die kein Filter zurückhalten kann, sind hierbei für die Menschen am gefährlichsten.

Schwefeldioxid + Stickoxid + Kohlenwasserstoff bilden Ozon was auch für das Waldsterben verantwortlich gemacht wird. Aber auch Salzsäure, Schwefelsäure und Flußsäure sind für die sauren Böden verantwortlich.

Die Anlage steht mitten zwischen zwei Wasserschutzgebieten mit einem Abstand von 700 m. Das Grundwasser ist bereits ietzt schon in hohem Maße mit Chlorkohlenwasserstoffen durch den undichten Bunker belastet. Die Böden. auf denen unser Gemüse (auch Babynahrung) angebaut werden, weisen hohe Schwermetallbelastungen auf. Auch hohe Dioxin- und Furanwerte wurden gemessen. Im Auftrag der KAG und des Umweltministeriums wurde ein metereologisches Gutachten von Prof.Gross erstellt. Hier wird nachgewiesen, daß auch gerade die Bergstraße in hohem Maße von den Emissionen der HIM betroffen wird (siehe Wald- und andere Vegetationsschäden).

Hautausschläge (besonders bei Kindern), Augenentzündungen, Pseudo-Krupp, Keuchhusten, Kopfschmerzen und Leberleiden treten gehäuft bei Westwinden auf. Auch ist eine erhöhte Krebssterblichkeit nachgewiesen. Das von Weimar (CDU) angeregte Biomonitoring wird zur Zeit durchgeführt. Es wird keine Aussage über den Emitenten bringen. Ein unbedingt erforderliches Humanmonitoring und Krebskataster ist vorerst, aus finanziellen Gründen, nicht vorgesehen.

#### Rechtssituation

Ein durch die Landesregierung in Auftrag aeaebenes Rechtsautachten Rechtsanwaltsbüro Wurster legt offen. daß auch in der Vergangenheit erhebliche Rechtsunsicherheiten bei der "Altanlage" Nachbesserung bestehen. die einer bedürfen. Die Änderungs-. über 65 Ergänzungsbescheide und Ausnahmegenehmigungen hätten ohne Öffentlichkeitsbeteiligung nicht erlassen dürfen werden Auch werden Begründungen in Frage gestellt. Durch die vielen Änderungen entspricht die "Altanlage" nicht mehr der ursprünglichen Planfeststellung. Über die technischen konnte Herr Wurster Aussage treffen. Er spricht von einer notwendigen "Heilung" der rechtlichen Fehler.

#### Der "Runde Tisch"

Fischer hat einen "Runden Tisch" eingerichtet, bei dem in aller Offenheit die Zweifel und Einwände besprochen und ausgeräumt werden sollten. Teilnehmer sind die HIM, deren Sachverständige, die Hessische Landesregierung. Sachverständige, die KAG, der BUND und Bürgerinitiativen. Vorsitzender ist Herr Baarke (arüner Staatssekretär und Aufsichtsratsvorsitzender der HIM).

Von einer offenen Aussprache kann keine Rede sein. Angeforderte Unterlagen, die zur Klärung bestehender Zweifel unerläßlich wären, werden nicht vorgelegt. Man versucht der KAG (Herrn Stork) einen Vertrag schmackhaft zu machen: Bau des dritten Ofens ohne eine Kapazitätsbeschränkung und stufenweiser Abriß der Altanlage nach einem Stufenplan und Errichtung eines Abfallentsorgungszentrums in Biebesheim. Die KAG möchte noch eine Kapazitätsbeschränkung auf 60.000 t/J erreichen (die SPD im Landtag fordert 90.000 t/J und Annahme außerhessischen Mülls).

Ein solcher Vertrag entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Wenn der dritte Ofen steht, kann dieser Vertrag jederzeit durch Änderungs- und Ergänzungsbescheide umgeschmissen werden, denn bis dahin (1995) steht die EG und EG-Recht bricht Landesrecht. Auch der Abriß der "Altanlage" ist unglaubwürdig wegen der erst jetzt erfolgten Nachrüstung (über 30 Mio DM).

Müllexport ist ein Schlagwort, das jetzt immer öfter angeführt wird, wenn die Herren nicht mehr weiter wissen. Dabei sollte man wissen, daß von den 190.000 t alleine 95.000 t Erdaushub sind und daß wir über 75.000 t "edelsten" Sondermüll nach Herfa-Neurode (Untertagedeponie) importieren! Bei diesem Mülltransfer wird nicht nach Tonnen abgerechnet sondern nach DM. Dabei macht Hessen noch ein gutes Geschäft.

Der "Runde Tisch" ist das Gegenstück zu dem HIM-Beirat. Nur hier soll die Akzeptanz der Gegner für den dritten Ofen erreicht werden. Wir als BUND und Bürgerinitiativen fühlen uns über den Tisch gezogen und haben uns an den Ecken reichlich wundgestoßen.

- Es liegt kein Müllnotstand vor. Die Kapazität der bestehenden Anlage reicht für das prognostizierte Müllaufkommen aus.
- Die 300 Mio DM sollten für umweltverträglichere Techniken (z.B. CPB (chemisch - physikalisch - biologisch)-Anlagen) und alternative Techniken genutzt werden.

- Vermeidung und Wiederverwertung müssen stärker gefördert werden.
- Trennung der Reststoffe nach möglichen Entsorgungstechniken, die eine Verbrennung ersetzen (So wie auch wir Bürger unsere Abfälle getrennt abgeben).

Wir Bürger erwarten von den Politikern, daß sie das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit höher bewerten, als die ökonomischen Gesichtspunkte einer uneinsichtigen Industriegesellschaft, die noch immer auf Verbrennung und somit auf den Zubau eines dritten Ofens besteht (Augen zu und rein). Auch mit umweltfreundlichen Techniken läßt sich Geld verdienen und neue Arbeitsplätze schaffen.

# Auszug aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und "Die Grünen"

## im Hessischen Landtag

Alle laufenden Planungen für Sondermüllanlagen z.B. Biebesheim und Höchst werden nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer ökologischen Verträglichkeit überprüft, sondern nach Gründen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, findet auch eine Kontrolle der Planrechtfertigung unter dem Gesichtspunkt ihrer Notwendigkeit nach erfolgter Vermeidung und Verwertung (nach dem Stand der Technik) statt. Anlagenplanungen die sich dabei entweder für die Umwelt und die Menschen in einer Region ökologisch als nicht vertretbares Risiko oder auch nur als zu groß geplant oder schlicht als überflüssig erweisen, müssen nachträglich verbessert oder ganz aufgegeben werden.